

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— M., vierteljährlich 18.— M., halbjährlich 32.— M., jährlich 60.— M. Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreis: Die 8-seitige Zeile 1,50 M., von auswärts 2.— M., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-seitige Reklameweile 5.— M., von auswärts 6.— M., 1. u. 2. Wiederholung Rabatt. Annahme bis (sch) 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expeditions: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 163

Freitag, den 15. Juli 1921

12. Jahrgang

## Kampfanzeige der preußischen Sozialdemokratie.

### Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Reaktion in Preußen.

Im Preussischen Landtag hielt gestern unser Genosse Hellmann eine höchst bemerkenswerte Rede, der wir die nachstehenden Ausführungen entnehmen:

Die Steuerbelastung des deutschen Volkes ist so groß, daß unmöglich in den nächsten Jahren die Reparationen aus den Steuererträgen gedeckt werden können. Deutschlands Wirtschaft braucht eine mehrjährige Atempause zum Aufbau. Diese Atempause ist nur zu erreichen durch Erfassung der Goldwerte. Die großen Gesellschaften müssen zu diesem Zwecke Gratisaktien an das Reich geben. (Widerspruch rechts.) Ein reichstreuer Minister müßte auch für Preußen einen Plan zur Erfassung der Goldwerte ausarbeiten und an den Plänen des Reichsfinanzministers mitarbeiten. Tatsächlich organisiert der neue preußische Finanzminister aber einen Widerstand gegen das Reich. Die Uebergewinne und Konjunkturgewinne der Landwirtschaft müssen erfaßt werden, zumal die Stimme Preußens im Reichsrat die von Bayern und Sachsen beantragte Herabsetzung des Getreidepreises verhindert hat. Den Kampf gegen das Kabinett Stegerwald führen wir aus nationalen Gründen, weil die Politik des Innenministers Dominicus in wesentlichen Punkten dem Reichsinteresse widerspricht. Er erhält den Belagerungszustand in Ostpreußen aufrecht und schädigt damit das Reich. Die 8000 Freikorpsleute, die nicht arbeiten wollen, sind eine Gefahr für das Reich. Wir verlangen vom Innenminister, daß er die Reichsverordnung zur Auflösung der Orpelsch lokal durchführt. Wir denken nicht daran, Oberschlesien preiszugeben. Wird es endlich Deutschland zugesprochen, dann muß es von Polizei und Reichswehr gegen polnischen Terror verteidigt werden; aber die Aufgabe des Selbstschutzes ist erledigt. Die Internierungslager müssen aufgehoben werden. Mit seiner Beamtenpolitik hat der Innenminister die Demokratisierung der Verwaltung vollständig preisgegeben. Er eracht sozialdemokratische Landräte durch Rechtsbolschewisten. Die Personalpolitik des Herrn Dominicus ist eine Gefahr für Preußen. Redner macht dann dem Ministerpräsidenten den Vorwurf, daß er sein Versprechen einer Umbildung der Regierung unter Ausdehnung der Sozialdemokratie nicht einlösen wollte. Nach der Ablehnung des Ultimatums durch die Deutsche Volkspartei könne diese Partei unmöglich in die Regierung eintreten. Auf unsere Frage, ob die Deutsche Volkspartei sich offen und ehrlich auf den Boden der Republik stellen wolle, hat sie die Antwort abgelehnt. Mit Monarchisten aber können wir nicht regieren. Von Herrn Stegerwald, der die Sozialdemokratie fernhält, läßt sich die Arbeiterschaft doppelt betrogen. Wir lehnen Herrn Stegerwald als nationalen Lehrmeister ab. In der Beurteilung der Sanktionen bin ich einig mit Herrn Abgeordneten Böder. Die Leipziger Prozesse dienen der Schlichte gegen Deutschland. Die Leipziger Richter haben sich bemüht, gerecht und objektiv zu urteilen. Für die Franzosen ist das beleidigte Recht nur ein Vorwand zur Aufrechterhaltung imperialistischer Gewaltmaßnahmen. In der Forderung der Aufhebung der Sanktionen ist das ganze deutsche Volk einig. Darum müssen wir die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Deutschen aufgeben. Das preußische Kabinett ist eine Gefahr für Preußens Bestand. Wir warnen in Uebereinstimmung mit der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ vor dieser Gefahr. Stegerwald hat im Gegensatz zu allen übrigen Zentrumsministern gegen die schwarz-rot-goldene Gasse gestimmt. Der Klassenkampf schließt nicht aus, daß wir gelegentlich mit bürgerlichen Parteien zusammen regieren. Wer ehrlich auf dem Boden der demokratischen Republik steht, der ist uns zur Mitarbeit willkommen. Der Redner schließt seine fast dreistündige Rede mit den Worten: „Wir sind zum Frieden bereit, zum Kampfe entschlossen!“ (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, Sitzen rechts.)

den Sachverständigen gewährt würde, habe die englische Regierung die französische ersucht, die Frage einer erneuten Ermüdung zu unterziehen.

### Die Massenflucht von Oberschlesien in das innere Deutschland.

Wie dem „Vorwärts“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben seit Beginn des Eisenbahnverkehrs bis jetzt über 40 000 Personen Oberschlesien verlassen, um in das innere Deutschland abzumandern.

Medungen mehrerer Blätter zufolge haben gestern aus Anlaß des französischen Nationalfestes in den größeren Orten des ober-schlesischen Industriebezirks große Umzüge stattgefunden, an denen sich sowohl Franzosen wie Polen beteiligten. Die Franzosen trugen polnische, die Polen französische Farben. Bei dem Umzug in Rybnik führten die französischen Alpenjäger polnische Fahnen und Banner mit Hallersoldaten in voller Uniform beteiligten sich an dem Umzuge.

Beuthen, 14. Juli. Wie von den zuständigen Stellen der interalliierten Kommission und der Eisenbahndirektion in Kattowitz mitgeteilt wird, sind die in den letzten Tagen ständig auftretenden Gerüchte von einer am 15. eintretenden Eisenbahnverkehrsperre unbegründet. Eine derartige Maßnahme sei nicht beabsichtigt. Im übrigen ist in Beuthen alles ruhig. Die Wachen sind vermindert.

### Abschluß des polnisch-Danziger Rechtsabkommens.

Danzig, 14. Juli. (Pat.) Die Justizkommission der polnisch-Danziger Verhandlungen hat am 7. Juli d. Js. ihre Arbeiten mit der Festlegung des Vertrages über die gemeinsame Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen abgeschlossen. Dieser Vertrag umfaßt 101 Artikel und wurde beiden Regierungen zur Bestätigung unterbreitet. Es ist zu erwarten, daß die Bestätigung bald erfolgen wird, wonach der Vertrag eventuell vor der Beendigung der gesamten polnisch-Danziger Verhandlungen in Kraft treten wird.

### Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Berlin, 14. Juli. Dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wepl ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Sachen der Klage der Deutschen Volkspartei auf Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen zugestellt worden. Das Oberverwaltungsgericht weist die Berufung der Angeklagten gegen die Entscheidung des Bezirksauschusses zurück. Auf die Beschlußberufung der Kläger wird die gegebene Entscheidung dahin abgeändert, daß außer den Stadtverordnetenwahlen auch die Bezirksverordnetenwahlen für ungültig erklärt werden.

Berlin, 15. Juli. Die Berliner Stadtverordneten traten gestern zum letzten Male zusammen. Der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wepl verlas das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das die Ungültigkeit der Wahl der Stadtverordnetenversammlung ausspricht. Er teilte weiter mit, daß augenblicklich ein Notgesetz vorbereitet werde, wonach die unbesoldeten Magistratsmitglieder und die Stadtverordneten kommissarisch bis zum Zusammentritte der neuen Stadtverordnetenversammlung im Amte bleiben. Die Neuwahlen zum Stadtparlament werden voraussichtlich am 9. Oktober stattfinden. Nach Schluß der Ansprache des Vorstehers zogen die Stadtverordneten der äußersten Linken unter Absingen der Internationale aus dem Saal.

### Eine deutsch-baltische Eisenbahnkonferenz.

Romno, 14. Juli. Die litauische Telegramm-Agentur meldet: Gestern begann in Romno eine litauisch-lettische-deutsche Eisenbahnkonferenz zur Erzielung des Abschlusses einer Waggontkonvention. An der Konferenz nehmen sechs deutsche, sechs lettische und acht litauische Vertreter teil.

### Eröffnung der irischen Konferenz.

London, 15. Juli. (Reuter.) Die irische Konferenz, von der der Friede zwischen Großbritannien und Irland abhängt, ist heute nachmittag in Downing Street durch eine private Besprechung zwischen Lord George und Dewasera eröffnet worden, in der das Verfahren für die morgige Vollversammlung der Konferenz erörtert wurde, zu der Vertreter der Sinnfeiner und Ulsterregierung eingeladen sind.

Bevast, 15. Juli. Bei neuen Unruhen, die gestern Abend vorgekommen sind, wurde ein unionistischer Abgeordneter schwer verletzt.

## Unabhängige Vorbehalte für die Einigung.

Mangel an Logik oder an Ehrlichkeit?

Unsre sächsischen Genossen haben sich mit ihrer Einigungsresolution neben dem praktischen Erfolge, in Sachsen eine Art sozialistische Arbeitsgemeinschaft in die Wege geleitet zu haben, gleichzeitig das geschichtliche Verdienst erworben, auch auf unabhängiger Seite die Bepfropfung der Einigungsfrage in Fluß gebracht zu haben. Vor einem Jahre wäre ein solches Ergebnis noch unmöglich gewesen; der Parteitag von Halle mußte erst eine Reinigung innerhalb der unabhängigen Sozialdemokratie vollziehen. Einstweilen freilich hat die Diskussion vorwiegend theoretischen Wert, aber der überall hervortretende Wunsch und die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Einigung — nicht zum wenigsten angesichts des Schos der Einigungsbewegung in der bürgerlichen Presse — müssen auch über kurz oder lang die theoretischen Erörterungen zu praktischen Resultaten führen, wenn man sich auch über den Termin einer organisatorischen Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien beiläufig keinen Musikanen hingeben darf.

Die Bepfropfung der Einigungsfrage in der unabhängigen Brotpresse ist nun für die geistige Verfassung ihrer Autoren außerordentlich bemerkenswert. Wenn auch hier immerhin die Befangenheit im unabhängigen Schlagwortschuß noch nicht die geistige Ueberlegenheit eines Hilferding oder Breitscheid in der Behandlung des Einigungsproblems zuläßt und deshalb nicht frohlich genommen zu werden braucht, so sind doch die dabei gemachten Ausführungen kennzeichnend für den Grad der Einsicht und des guten Willens der nicht gerade an der hervorragendsten Stelle stehenden und maßgeblichen Führer der Unabhängigen, zumal da die Sachlichkeit und der Ernst solcher Darlegungen unbedingt anerkannt werden muß. Diese Beobachtung mag deshalb Anlaß bieten, sich einmal mit den Vorbehalten für die Einigung zu beschäftigen, die Gustav Schröder in einer Artikelserie über das Einigungsproblem in der unabhängigen „Eibinger Volksstimme“ und ihrem Danziger Kopfblatte, der „Freiheit“, macht.

Ueber die Voraussetzung, daß auch die Kommunisten in die Einigung einbezogen werden müßten, braucht kaum ein Wort verloren zu werden, da die Absage in der kommunistischen Presse bereits erfolgt ist. Die offizielle U. S. P. D. hat längst jeden Zusammenhang mit dem Marxismus verloren, und die Abführen, die jedem besonnenen und verantwortungsbewußten Kommunistenführer von seinen Parteistützen erteilt werden, lassen die fortschreitende Zerfetzung dieses Krankheitsgebildes unsrer Zeit nur zu deutlich erkennen. In dem Augenblick, in dem das Gros der heutigen Kommunisten sich einer Vereinigten Sozialdemokratischen Partei anschließen würde, wird eben das Verschwinden einer kommunistischen Partei schon vorausgegangen sein. Aber Gustav Schröder möchte gern die U. S. P. D. als Krisisfallpunkt einer künftigen geeinigten Partei retten. Das dürfte aber angesichts der Zahl der überzeugten Anhänger der sozialdemokratischen Mehrheit schwer fallen. Man muß sich doch sehr hüten, die Förderung des Einigungsgebildens in unsrer Partei, die gerade der Erkenntnis des heute notwendig verstärkten Klassenkampfes entspringt, etwa als Zeichen der Schwäche auszulegen.

Welche Vorbehalte werden nun gegenüber unsrer Partei gemacht?

Sehr begrüßenswert ist es, daß Gustav Schröder die Akten über die Kriegspolitik geschlossen sehen will. Wenn er uns dabei sogar den guten Glauben zubilligt, so wollen wir den Unabhängigen gern in gleicher Weise entgegenkommen, um so mehr, als heute auch die nachträglich erlangte Kenntnis der Vorgänge die Kritik unsrer eigenen Genossen an manchen Entscheidungen unsrer Partei herausgefordert hat. Aber das furchtbare Herumstreiten über Fehler der Vergangenheit hat in der Tat keinen Zweck. Ebenso ist das Kapitel der „kompromittierten Führer“ nur mit Fingerspitzen anzufassen. Das Konto der Unabhängigen ist auch hier nicht weniger belastet als das unsre, und wir sind wohl darüber einig, daß Personenfragen bei der Lösung des Einigungsproblems auszuscheiden sind. An der Frage der Internationale endlich — mag man sie nun zweite oder dritte oder vierte nennen — kann die Einigung am allerwenigsten scheitern. In weitpolitische Entscheidungen eingegriffen hat bisher nur die sogenannte „zweite“ Internationale, und sie, die doch noch immer die führenden internationalen Arbeiterorganisationen, auf die nicht verzichtet werden kann, vor allem die englische Arbeiterpartei, umfaßt, erwartet selber schließlich ihren Zusammenschluß mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft.

Bei zwei Fragen jedoch glaubt Gustav Schröder eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen unsrer Partei und den Unabhängigen zu erblicken. Die eine ist die Agrarfrage, die andre betrifft die Koalitionspolitik unsrer reichsdeutschen Genossen. Die Versuche einer Lösung dieser

## Die Zusammenkunft des Obersten Rates wird weiter verschoben.

London, 14. Juli. „Morningpost“ meldet: Die englische Regierung habe der französischen mitgeteilt, daß sie eine Verzichtserklärung der Zusammenkunft des Obersten Rates bis nach der am 21. Juli erfolgten Beendigung der Reichskonferenz wünsche. Die französische Regierung habe vorgeschlagen, die Verhandlungen am 24. Juli wieder aufzunehmen, nachdem die Sachverständigen die Vorberatungen zu Ende geführt hätten. Mit Rücksicht auf die kurze Frist, die auf diese Weise

Fragen durch unsere Partei können von unabhängiger Seite nur abgelehnt werden, wenn man sich auf den kurzfristigen Standpunkt stellt: „Alles oder nichts“. Gewiß stellt die von uns betriebene Siedlungspolitik ein Kompromiß dar, das man vielleicht als „kleinbürgerlich“ bezeichnen kann. Doch aber die gegenwärtige Entwicklung eine Sozialisierung der Landwirtschaft noch nicht zuläßt, mag sich Gustav Schröder von seinen eigenen Parteigenossen bestärken lassen, die deshalb auch, wo sie ihren Einfluß geltend machen können, es ablehnen, die Abschlagszahlung der Siedlungspolitik zugunsten einer letzten revolutionären Geste zu hinterziehen. Die Behauptung, die H. S. P. könne auf diesem Gebiete keine Konzessionen machen, stellt also nur über einen Mangel an Logik oder an Ehrlichkeit dar.

Das offenbar sich aber noch viel schlimmer an der Frage der Koalitionspolitik. Es mag hier beiläufig darauf hingewiesen werden, daß ja auch die den Unabhängigen so nahe stehenden österrückigen Genossen die Koalitionspolitik nicht grundsätzlich abgelehnt haben. Mit der „Deutschen Volkspartei“ gibt es bekanntlich auch für die Sozialdemokratie kein Zusammengehen. Eine grundsätzliche Ablage an Zentrum und Demokraten kann aber nur die Herrschaft einer rein bürgerlichen Regierung — solange wenigstens nicht eine sozialistische Parlamentsmehrheit vorhanden ist — mit starkem Einschlag nach rechts zur Folge haben. Dieser Konsequenz dürfte doch wohl das nicht unerheblich kleinere Uebel der Koalitionspolitik vorzuziehen sein. Uebrigens beweisen die mangelhaften Wahlergebnisse der letzten Monate, daß die Entpolitisierung und Verblödiung großer Arbeitermassen nicht mehr auf die Wahlenspolitik der Unabhängigen zurückzuführen ist. Das alles wissen die Unabhängigen sehr genau, und deshalb ist die Unaufrichtigkeit, mit der hier eine rein taktische Ermüdung zu einer Prinzipienfrage gestempelt wird, um so mehr zu bedauern.

Es dürfte schließlich eine unfruchtbare Erörterung sein, die Ueberherrschung des Vergleichen von Arbeiterbiut nachzuprüfen, das von Ueberhaars Gültig im Januar 1919 seinen Ausgang genommen hat. Die dabei vorgekommenen Uebergriffe haben nirgends eine schärfere Verurteilung gefunden, als in der mehrheitssozialistischen Presse, und es dürfte auch Gustav Schröder bekannt sein, daß die Beteiligung von Rasse und seine aus ihren Regierungsdiensten von den eigenen Parteigenossen am eifrigsten betrieben worden ist. Ueber die Möglichkeit, die sozialistische Demokratie durch eine vorübergehende Diktatur zu sichern, ohne daß der Uebergang zum Dauerzustande zu werden brauchte, werden wir uns freilich kaum verständigen können.

Jedenfalls ist es aber erfreulich, daß endlich die sachliche Ausdeutung der noch immer sehr zahlreich und tiefergehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialistischen Parteien ihren Anfang genommen hat. Nur auf diesem Wege kann schließlich das allgemein erstrebte Ziel der Einigung erreicht werden.

Dr. Wilhelm Bolze.

## Die Arbeiter und Oberschlesien.

(Von unserem Oppermer Korrespondenten.)

In den zwei Monaten der Kollaboration Oberschlesiens vom Weidner hätte es sich wohl deutlich genug gezeigt, wie sehr die russische Gesamtsituation auf die ober-schlesische Produktion angewiesen ist. Neben dem Ausfall wichtiger Gütererzeugnisse war es besonders das Ausbleiben der Kohlenfuhr, das schwere Folgen hatte. Wäre nicht zufällig gerade eine neue „Konjunktur“ bei einem Anstehen — und die Wollkurve; das zwischen getreten, so hätte die Arbeiterschaft in der Folge des Mangels an Produktionsmitteln leicht einen gewissen Umfang annehmen können. Jede Uebergriffe der letzten Monate hat also ergeben, wie sehr das Wohl der gesamten deutschen Arbeiterschaft vom Verbleiben des Industriegebietes beim Reiche abhängt.

Partei Verbleiber ist aber gerade eine Lebensfrage für unsere Genossen im bedrohten Gebiet selbst, für die Arbeiterschaft der Hütten und Werke.

Wir haben im Industriegebiet bereits vor dem Einbruch der Polen mögliche Arbeitverhältnisse gehabt. Die Werke klagten nicht oder weniger über schlechten Geschäftsgang und schienen auf dem Sprunge an Lohnverhältnissen heranzugehen. Evident hat die Invasion tatsächlich enorme Schäden erlitten, deren Erlang sehr

fraglich erscheint. Dazu konnten die Wohnungsverhältnisse nicht verbessert werden, die Heizung stieg noch mehr, es fehlte bald hier, bald da an wichtigen Betriebsmitteln. Unsere Arbeiterschaft hat hier schwere Zeiten durchgemacht, ist unruhig und erregt. Politische Verlodungen sowie Anläufe von Bolschewismus stellen das deutsche Empfinden der Leute auf eine schwere Probe.

Man soll es stärken, indem man ihnen auf jede Weise zu Hilfe kommt. Die deutsche Regierung sollte bei den Ober-schlesiern nicht den Eindruck auskommen lassen, als kümmerte man sich nicht um sie. Noch müssen sie sehr wohl, was für einenurchbaren Kampf sie mit der Polenherrschaft machen würden; aber ihre Gegenwehr gegen die Bolschewisierung bedarf nach wie vor verständnisvoller Hilfe aus dem Reich, und jetzt wohl mehr denn je.

Nehmen wir an, der Spruch des Obersten Rates schlägt einen Teil der Werke an Polen. Was bedeutet das für die deutschen Arbeiter? Wir wollen nur einige wichtige Momente kurz andeuten.

Selbst den besten Proletarier trafe schwer die Katastrophe der Währungsänderung zuletzt allem, was damit zusammenhängt. Wir haben ja das polnische Beispiel nahe vor Augen, und haben vor dem die polnische Währung noch lange nicht so tief sinkend wie heute. Einige Werke werden zu Entlassungen schreiten müssen; denn es wird an Betriebsmitteln, Materialien, Absatzmärkten, und die Folgen der Verrentung des Industriegebietes für die Einzelproduktion sind überhaupt nicht abzusehen. Ferner wird kaum daran gedacht werden können, den Zusammenhang mit den Gewerkschaften aufrecht zu erhalten. Die polnischen Nachbarn werden nicht daran denken, die sozialistischen Klauseln des Berliner Vertrages in Kraft treten zu lassen oder gar das deutsche Arbeiterrecht aufrecht zu erhalten. Polen herrscht bedeutet also für die Arbeiter soziale Entrechtung! Das die polnische Arbeiterschaft relativ einflusslos ist und ihr eigenes Land nicht abstellen kann, weiß jeder; wir würden also auch politisch entrechtet werden. Und die letzten Organisations der polnischen Arbeiter werden kaum den Zuspruch aus Angerechneten und Wolligen hindern können; die Arbeitslosigkeit ist ja drüber noch weit größer als in Deutschland. Wer würde aber einer etwaigen Garantie der Wollierten vertrauen, daß die für Deutschland Oble-reiten und im Lande Bleibenden vor der Auslieferung geschützt werden? Die polnische Verwaltung hat Trägheitsstellen zur Schilme genaug. Die Werke werden ohnehin französische Gelder aufnehmen müssen und ihre alten Arbeiter nicht mehr schützen können. Mit dem Verlust der Werke für große Massen ist jedenfalls ernsthaft zu rechnen.

Zum Schluß dürfte schließlich vor der Alternative: Option für Polen oder Auswanderung ins Reich. Man sollte nie vergessen, was der Zuspruch zehntausender polnischer Quallitätsarbeiter mit ihren Familien — die überblickt erstreckt sind — für die deutschen Arbeitverhältnisse bedeuten würde. Das Problem soll hier nur nochmals zur Erwägung anheimgestellt werden.

Es für Polen optieren, sind für Deutschland verloren. Aber auch sie haben Geldwerte, politische und die wichtigsten sozialen Rechte ein; außerdem werden sie der Wehrpflicht unterstellt. Das sie mit Gewalt polonisiert werden sollen, steht außer Frage; und das nicht unsere Internationale den Vorteil davon haben wird, das kann man sich auch leicht vorstellen. Die französisch-polnischen Kartellisten werden die Verweigerung mit Zuckerkrot und Feilsche ins gleiche Lager zu treiben suchen. Andererseits sollen die Gelder Moskau.

So hält aber die Zukunft der ober-schlesischen Arbeiterschaft aus, wenn etwa Pläne wie die „Sforza-Plan“ verwirklicht werden sollten. Und das nachdem sie eben erst eine so schwere Marterzeit überstanden hat! Es bleibt ihr nicht übrig, als noch einmal an das Weltgewissen der Internationale zu appellieren.

## Rücktritt des polnischen Gesandten beim Vatikan.

C. G. Der polnische Gesandte beim Vatikan Komalicki ist von seinem Posten abberufen worden. Als Grund für seine Abberufung werden von der Warschauer Presse seine ehemaligen Beziehungen zu den deutschen Zentrumsführern und der Umstand bezichtigt, daß er die bekannte, polnischereifertig fertig angefertigte Stellungnahme des Papstes zur ober-schlesischen Abklimmung nicht habe verhindern können.

## Die Hungerkatastrophe im Wolga-Gebiet.

Nach zuverlässigen Meldungen, die dem Korrespondenten des C. G. Presses aus Petersburg zugehen, ist die Lage in den Hungergebieten des Wolga- und Kama-Gebiets entsetzlich. Infolge der andauernden Hitze und Trockenheit zeigt der Erdboden an vielen

Stellen große Risse, die Bäume sind entblättert, das Vieh ist größtenteils zu Nahrungszwecken geschlachtet worden, ganze Dörfer sind von Feuerbränden vernichtet, die Brunnen und Flüsse sind ausgetrocknet. Die Bevölkerung flüchtet nach allen Richtungen; mit Mühe ist es gelungen, einen Teil der Flüchtlinge nach Sibirien und Turkestan zu leiten. Unterwegs nähren sich die Auswanderer von Gras, Baumrinde und anderen kümmerlichen Resten der Vegetation. Die Bevölkerung der Hochgebirge bewacht die Landstraßen, um eine Teil-ergreifung ihrer im Konn stehenden Felder durch die hungernden Flüchtlinge zu verhindern; hierbei ist es bereits zu Zusammenstößen gekommen. Die Petersburger „Krasnaja Gafeta“ verlangt energische Maßnahmen, um der Not umgehend zu steuern, da die Lage überaus ernst sei. Die Moskauer „Iswestija“ fordert, daß man die hungernde Bevölkerung vor dem Tode und die Landwirtschaft vor dem gänzlichen Untergange rette; man müsse sofort eine Million Flüchtlinge nach Turkestan, Chiva und Buchara abschieben, wo sie bei den Bewässerungsarbeiten Verwendung finden könnten. In der Umgegend von Petersburg und Moskau sind bereits die ersten Flüchtlinge aus dem Wolga-Gebiet aufgetaucht.

## Eine neue Betätigungsform der italienischen Gewerkschaften.

In der italienischen Arbeiterbewegung spielen bekanntlich die Genossenschaften, und zwar nicht nur die Konsum-, sondern auch die Produktivgenossenschaften, daneben aber auch die von Arbeitern begründeten Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, eine wichtige, in anderen Staaten kaum erreichte Rolle. In Anbetracht der immer wachsenden Schwierigkeiten der Gewerkschaftsbewegung hat sich nun der italienische Gewerkschaftsbund veranlaßt gesehen, alle Kräfte der Arbeiterbewegung zusammenzufassen, und dieser eine neue Form zu geben. Die im Mailand unlängst abgehaltene Konferenz hat die Schaffung einer neuen zentralen Organisation ausgesprochen, auf welche der Name „Gewerkschaftsbund“ übergehen soll. Der zu gründende Nationalverband soll die drei Bestalten der Arbeiterbewegung umfassen: die Gewerkschaften, zusammengefaßt im allgemeinen Gewerkschaftsbund, die Liga der Genossenschaften und den Verband der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit. Die einzelnen Organisationen behalten ihre gegenwärtige Autonomie sowohl bezüglich ihrer Zusammensetzung wie ihrer Aktionsmethoden, sind aber verpflichtet, in der allgemeinen Arbeiterpolitik solidarisch vorzugehen. Das Zentralkomitee der neuen Organisation wird aus den Vertretern der erwähnten 3 Gruppen gebildet, sein Sitz wird in Mailand sein.

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Italien ist auch durch folgende Tatsache gekennzeichnet: der italienische Staat ist im Begriff, fünf große staatliche Munitionsbetriebe einem Konfiskations, zusammengefaßt aus achtzehn Produktivgenossenschaften, zu überlassen. Vorläufig arbeiten 7000 Arbeiter in diesen Betrieben, und die Zahl soll binnen kurzem auf 25 000 erhöht werden. Sie sollen landwirtschaftliche und industrielle Maschinen, sowie Maschinen für Eisenbahnen und Schiffe herstellen. Die Genossenschaften bewegen sich auf einer sozialistischen Grundlage, obwohl ihr Aktionsprogramm der notwendigen Klarheit entbehrt.

## Wälutakrise und Streikwelle in Polen.

D. C. Da die geplante „Finanzsanierung“ mit der Neuemission von 20 Milliarden begonnen werden mußte, nimmt die polnische Wälutakrise einen ständigen Charakter an. Sie hat bereits die bekannten unvermeidlichen sozialpolitischen Folgen gezeitigt. Wieder geht eine Preissteigerungswelle durchs Land, die eine neue Lohnbewegung unter der Beamtenschaft und Arbeiterschaft und neue Streiks nach sich zieht. Soeben ist die Textilindustrie in großem Umfang von dieser Bewegung erfaßt. Weil die in Lodz geforderte Lohnhöhung von 120 Prozent nicht bewilligt wurde, streiken dort zurzeit 100 000 Arbeiter, ebenso streiken die staatlichen Textilbetriebe in Szardom, die Seher und die Straßenbahner und sonstige städtische Angestellte in Lodz. Dies bedeutet offenbar den Beginn einer umfassenderen Bewegung, die um so verhängnisvoller werden könnte, da die Lodzer Industrie im Mai große Bestände noch auf der Maschine verkauft hat und daher an die alten für die Fabrikate vereinbarten Preise gebunden ist, während sie die Schulden für den Rohstoffbezug in der jetzt um 80 Prozent verteuerten fremden Wäluta abdecken muß.

## „König Kohle.“

Roman von Nelson Sinclair.

88) (Fortsetzung)

Der König nach Entlassung. Diese Silaria mochte sich demütig um und streckte der Färe zu; Adhram jedoch gehörte zu denen, die nicht befehle terten und Rufe nicht nach einem Blick auf den alten Mann häufig wieder an seine Seite, hoffend daß seine Bewegung unbemerkt geblieben war.

„Bitte, Herr Gartwright!“ — sagte Adhram — „wir möchten Ihnen Belchuk heute schon erfahren, damit der Wogelkontrollleur morgen seine Stelle antreten kann.“

„Wie? Gibt die Sache ist?“

„Es gibt keinen Grund zur Verzögerung, Herr, wir haben unseren Mann gewählt, und bereit, ihn zu befragen.“

„Wer ist bereit, ihn zu befragen? Sind sie beide?“

„Ich habe nicht das Recht, die andere zu nennen, Herr.“

„Oh! Wie eine geheime Bewegung?“

„Gewissermaßen — ja, Herr.“

„Wirklich — sagte der Oberaufseher in bedeutungsvollem Ton. — „Und es ist Ihnen einleucht, wie sich die Gesellschaft dazu verhalten muß.“

„Nein, Herr Gartwright, wir werden nicht ein, was die Gesellschaft dagegen einwenden kann. Es ist eine rein geschäftliche Sache.“

„Wenn man es so einfach erkläre, ich bin nicht dieser Meinung“ — fuhr der andere los. „Tana, ich würde mich lieber befragen, wenn es wirklich vonnöten wäre, so hätte die Gesellschaft gar nichts dagegen, daß die Arbeiter das Wogel kontrollieren lassen. Die Gesellschaft ist nicht bereit geworden, das richtige zu tun, doch kann dies nicht so unbedenklich entschieden werden. Ich werde Ihnen meinen Einfluß später mitteilen.“

„So war es denn zum zweiten Mal entlassen; der alte Wille und Adhram schauten sich zum Leben an; man über sprach eine andere Weise in den Werken.“

„Wann werden Sie den Wogelkontrollleur gelassen seine Stelle anzutreten, Herr Gartwright?“ — fragte Gal.

Der Oberaufseher warf ihm einen scharfen Blick zu und begann sich abzuwenden.

„Ich bin noch nicht bereit, diese Frage zu beantworten; Sie werden es dann erfahren, wenn es mir paßt. Das ist genug für heute.“ Er öffnete die Tür und in dieser Handlung schien gleichsam ein Befehl zu liegen.

„Herr Gartwright“, sagte Gal — „es gibt doch kein Gesetz gegen das Anstellen eines Wogelkontrollleures?“

Der Blick der diesen Worten folgte, bewies zur Genüge, daß der Oberaufseher das Gesetz kenne, Gal nahm den Blick als Antwort und sagte hinzu: „Ich bin von einem Komitee zum Wogelkontrollleur gewählt; das Komitee hat Sie davon in Kenntnis gesetzt. Sie macht mich zum Wogelkontrollleur, Herr Gartwright, und ich muß daher an meine Pflichten gehen.“ Täne die Antwort des Oberaufsehers abzumachen, strebte er der Tür zu, von seinen entscheidenden Gesichtern gefolgt.

In der Versammlung war beschlossen worden, die Kunde von der Wogelkontrollleurerhebung zu propagandagerechten so viel als möglich zu verbreiten. Da die drei Männer das Haus verließen, kamen ihnen eine neugierige Menge entgegen; Fragen wurden laut, jeder, der eine Antwort erhielt, war sofort von Landstrolchen umringt, die nach einer Erklärung verlangten. Gal ging zu dem Komitee; nachdem er zu Abend gegessen, machte er sich auf den Weg, um mit dem Komitee zu sprechen, doch auch nur einen Augenblick stehen zu lassen. Den gleichen Befehl schienen auch die Arbeiter zu haben; als Gal dem Komitee Haus verließ, sah er inmitten der anderen Leute Anstehen, der ihm überaus wichtig und zweifellos antwortete, mit wem Gal sprach.

Die drei Männer, wo man am besten die Nacht verbringen konnte. Der alte Wille war äußerst bedrückt; der Gifer des Spionds lag über ihm. Sie konnten in der Nacht überfallen werden; er bemühte sich, die Augenlider über den Verfall zu schließen. Das es für die Gesellschaft eine einfache Zeit, die ganze Sache zu regeln, das würde irgendeine Geschichte erfinden, alle Welt glauben machen, sie seien in einer betrunknen Partei, blies sich um ein

Frau willen, umgekommen. Diese letzte Annahme beunruhigte Gal seiner Familie wegen am meisten. Nein, er durfte nicht im Dorfe übernachten; doch konnte er auch nicht den Canon hinuntergehen; war er einmal durch das Tor geschritten, so würde er nicht mehr Einlaß finden.

Ein Gedanke kam ihm: weshalb sollten sie nicht den Canon hinauf gehen? Am anderen Ende des Tores gab es keine Umzäunung, doch Felsen und Fische, nicht einmal einen Weg.

„Und wo werden wir schlafen?“ — fragte entsetzt der alte Wille.

„Im Freien!“ — erwiderte Gal.

„Aussa bednal! Damit die Nachtluft in meine Knochen kriecht!“

„Ja, glauben Sie denn, wenn Sie im Zimmer schlafen, bleibt die Nachtluft in Ihren Knochen?“ — lachte Gal.

„Freilich, wenn ich die Fenster fest schließe und meine Knochen zudecke.“

„Aun“ — meinte Gal — „riskieren Sie einmal die Nachtluft; es ist immer noch besser so, als wenn sie einer mit einem Messer sich in Ihre Knochen einsteckt.“

„Aber der Arzt, der Prebisch, — er wird uns auch in den Canon nachsteigen.“

„Ja, aber er ist allein, wir brauchen ihn nicht zu fürchten. Geht er andere holen, so verliert er uns in der Finsternis.“

Adhram, dessen Ansichten über Anatomie weniger primitiv waren, als die Wille, stimmte Hals überlag bei; sie hatten ihre Fäden und Klammern in der stillen, besternten Nacht den Canon hinauf. Eine Zeitlang hielten sie den Spieß hinterher pusten, dann schloß, beschaffen seine Schritte und, nachdem sie noch eine Strecke gegangen, wählten sie sich bis zum Tagesanbruch in Sicherheit. Gal hatte als Jäger manche Nacht im Freien verbracht, doch war es ein neues Erlebnis, dies als Wille zu tun.

Bei Morgenrauschen erhoben sie sich, schüttelten den Tau aus ihren Kleidern, rieben sich die Augen. Gal war jung und sah die Herrlichkeit des Morgens, der arme Wille Silaria hingegen schloß und brunnnte über seine alten schwarzen Knochen. Er glaubte, sich eine unheilbare Krankheit zugezogen zu haben; doch sagte er neuer Mut, als Adhram vom Morgenkaffee sprach, und sie eilten zur Tür hinauf.

(Fortsetzung folgt.)

# Danziger Nachrichten.

Das neue Gesetz ist beschlossen und in Nummer 16 des Danziger Geschäftsblattes veröffentlicht. Einzelne Mitglieder dieser Nummer sind gegen Erstattung der Erklärungen in der Geschäftsstelle Promenade 6, Zimmer 60, erhältlich.

**Ausgabe der Brot- und Mehlmengen.** Die Brot- und Mehlmengen werden diesmal gegen Abgabe der Hauptkarte Nr. 4 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben.

**Seine Ausfuhrgenehmigung für Butter.** Das Wirtschaftsamt und die Außenhandelsstelle teilen zu der Notiz „Wird Butter verschoben?“ mit, daß weder die Firma Töhm noch irgend eine andere Firma eine Ausfuhrgenehmigung für Butter erhalten hat oder erhalten wird.

**Jahrespländerung.** Vom 15. Juli ab hat der Nachmittagszug 5.19 von Aulin aus 2 Minuten Aufenthalt in Joppot und trifft in Danzig um 6.39 ein. Dafür fährt ein Zug 5.36 ab Joppot 5.46 an Danzig, 7.05 ab Danzig, 7.25 an Joppot. Von Danzig nach Neufahrwasser ist der Zug jetzt 6.55 ab Danzig, 7.16 an Neufahrwasser, 7.25 ab Neufahrwasser, 7.45 an Danzig.

**Vorlesung über die deutsche Vorzeit.** Von Montag, den 23. Juli, bis Dienstag, den 2. August, wird Professor Dr. Gahr aus Halle, der Leiter des einzigen in Deutschland bestehenden Museums für deutsche Vorgeschichte, einen Kursus über die deutsche Vorzeit in der Aula der Technischen Hochschule veranstalten. Professor Gahr ist nicht unbekannt in Danzig, denn er hat schon im Anfang dieses Jahres einen ähnlichen Kursus hier abgehalten. Der jetzige Kursus wird mit Altbildern und Vorführungen verbunden sein und gemeinverständlichen Charakter haben. Der Preis für die sechs Vorlesungen, die in der Zeit von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends stattfinden, beträgt 15 M. Die Karten sind beim Führer der Hochschule zu erhalten.

**Veriété Wintergärten.** In diesen Tagen, wo Sportwoche und Strand besonders loden, zeigt sich die Anziehungskraft des beliebten Sommerverietés am Clivar Tor in höherem Maße. Nebenbei ist der Wintergarten ausverkauft, denn die glänzenden Kunstdarstellungen sichern dem Unternehmen eine treue Anhängerzahl. Judeben der Besatz begleitet die einzigartigen Kunstgänge des Müller-Schadow-Quartetts in seiner romantischen Szene „Ein Abend am Rhein“. Vochstürme erschüttern das weite Meer, wenn die beiden Improvisatoren Paul Förster und Maximilian Bloch ert in der „Dichtersehnsucht“ die geistigen Klänge kreuzen. Das Gartenstein-Ensemble bringt seine Glanznummer, die Burleske „Dienstmann Nr. 48“, bei der kein Auge trocken bleibt. Neu eingereist sind in das Programm die unverwundlichen Kunstspieler Laurenz und Wartner, die die herrlichsten Arien und Duette mit dem bloßen Munde pfeifen. Die Klein-Familie behauptet weiter ihrer Platz als beste komisch-musikalische Kunsttruppe der Welt und füllt produziert sich in seinen vielseitigen Dressuren. So trägt das Programm jedem Geschmack Rechnung. Näheres siehe Anzeigenblatt.

**Gebühren für medeamtliche Auskunft.** Auf Grund des Erlasses des Senats der Freien Stadt Danzig — Finanzabteilung — vom 27. Mai 1921 — F. 729/21 — sind die Gebühren für Erteilung von medeamtlichen Auskünften an Private auf 1 Mark von sofort erhöht worden.

**Tollwütiger Hund in Walddorf festgestellt.** Nach bei uns eingegangenen Mitteilungen sollen bereits sieben Personen an Tollwut verdächtigen Erscheinungen erkrankt sein. Durch die bakteriologische Untersuchung des zur Zeit unter Tollwuterscheinungen verendeten Hundes im Institut für Infektionskrankheiten in Berlin ist einwandfrei Tollwut festgestellt. Die Bevölkerung sei nochmals auf die ernste Gefahr hingewiesen, die ihr durch Ausbreitung der Seuche droht. Nicht dringend genug muß von allen Hundebesitzern gefordert werden, daß sie im Interesse der Allgemeinheit die während der Hundesperre getroffenen polizeilichen Anordnungen genau befolgen. — Dem Vernehmen nach soll ein neuer Fall einer tollwutverdächtigen Erkrankung in Walddorf festgestellt sein, die durch Biß eines Hundes bei einem Stück Rindvieh vermutet wird. Die Tollwutseuche tritt meist in trockenen Sommern auf und ist wohl eine Folge davon, daß dem vermehrten Durstgefühl der Tiere nicht in dem erforderlichen Maße von Seiten der Hundebesitzer Rechnung getragen wird.

## Aus dem Freistaatbezirk.

### Kreistag des Kreises Großer Werder.

Am 11. Juli fand im Kreisbauhof zu Tiegenhof eine Sitzung des Kreistages statt.

Die drei ersten Punkte der Tagesordnung wurden nach den Vorschlägen erledigt.

Die Vertrauensmänner für die Gebäudesteuer-Veranlagungskommission wurden wiedergewählt. Auf die Rufe entfallen zwei Vertrauensleute.

Die Kreisparlasse hatte eine Einnahme von 51 920 072 92 M., der eine Ausgabe von 50 221 239 92 M. gegenüber stand. Der Ueberschuß beträgt 1 698 832 80 M. Unsere Genossen haben zwei Sitze in der Prüfungskommission. Die Entlastung wurde erteilt. Zur Prüfung der Jahresrechnungen der Kreisparlasse und Kreis-Kommunalstellen wurden zwei Kommissionen nach der Wahlwahl gewählt.

Der Antrag des Kreisabgeordneten Bürgermeister Kroeber-Neudorf auf Ufalterung des Fahrdamms der Marktenburgerstraße in Neudorf, von der Zuckerfabrik bis vor dem Haupteingang der evangelischen Kirche durch den Kreis, wurde auf Antrag des Genossen Doerschewski zurückgestellt, bis die Wegebaukommission Klärung geschafft hat, ob dieser Fahrdamms durch den Kreis oder die Stadt Neudorf instand gehalten werden muß.

Beim Antrag auf Bewilligung von Kreiszuschüssen zu den ungedeckten Ausgaben des Wilhelm-Augusta-Krankenhauses in Liegenhof für die Jahre 1919 und 1920 in Höhe von 34 000 M. erstann sich eine längere Aussprache, da das Krankenhaus eine Stiftung ist. Von mehreren Abordnungen wurde das hohe Verzicht kritisiert. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Urachen der ungedeckten Ausgaben prüfen soll.

Beim Antrag auf Bewilligung eines Betrages an den Vorliegenden des Kreis Ausschusses als Dienstunkosten, insbesondere bei Reisen im Kreis gemäß dem Vorschlag des Kreis Ausschusses, wurde im Hauhaushaltetat eine Summe von 10 000 M. bereitgehalten.

Bei der Beschlussfassung über den Beitritt des Kreises zu einem Kreisrat-Gemeindeverband zwecks Beteiligung an der Poppoter Wasserversorgung, kam es zu einer lebhaften Aussprache. Nachdem vom Vorsitzenden über den Beitritt und seine Bedeutung Aufschluß gegeben war, konnte ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten ihre Äußerung über die gewaltigen Zuschüsse nicht verhehlen. Der Gen. Werschowski erklärte, daß er und seine Genossen gegen den Beitritt

tritt stehen werden. Es sah sich andere Ausschüsse im Kreis vorhaben und es ist sehr bedauerlich, daß der Kreisrat keine Schritte in dieser Richtung unternimmt. Die Beschwerden sollen die Güter der Güter sein und hier stehen wir, daß die Rechte der Güter sind. In dem Ausschusse auf dem Stande sind Schritte angebracht, welche das Recht von Ausschüssen befragen. Auf der einen Seite wird es verstanden und auf der andern gehoben. Wenn die beständige Klage bei den Gemeindegemeinden 800 bis 700 Proz. Kommunalzuschüsse erheben würden. Hier ist der deutlichste Beweis, daß die Herrschaften sich um die Steuer drücken, deshalb sind sie auch gegen das Offenlegen der Gemeindefinanzen.

Der Beitritt zum Kreisrat-Gemeindeverband wurde gegen die Stimmen der genannten Anwesenden abgelehnt.

Für das Nachwahlkomitee wurden als Väter gewählt die Herren Friedrich-Dr. Richter, Dr. II. Bodekopp, Sembr-Kuhlenwath, Rempel-Mornau und als Ersatzmänner die Herren Bange-Petershagen und Bachmann-Kunzenberg, als Verdächtige die Herren Pfarrer Anhalt-Marienan, Pfarrer Stankewitz-Pausitz, Pfarrer Stumpf-Bodekopp, Gemeindevorsteher Regehr-Rädenau und als Ersatzmänner die Herren Pfarrer Spohn-Tiegenhof, aus Pfarrer Spohn-Dr. Richter.

Nach mehreren Anfragen des Genossen Werschowski an den Vorsitzenden, die dann auch beantwortet wurden, war der erste Teil der Sitzung erledigt.

Der zweite Teil diente dazu, daß renovierte Kreisratsgebäude seinem Zwecke zu übergeben und dem Herrn Landrat in sein Amt einzuführen. Zu diesem Zwecke waren der Senat der Freien Stadt Danzig sowie die Landräte der Kreise Danziger Höhe und Niederung erschienen.

Nach Beschließung der Räume wurde im Sitzungssaal ein gemeinsames Mittagessen eingenommen.

**Braunl.** Auf einem Felde des Gutes Rothmannsdorf befand sich ein Transformator, dessen Drähte infolge der schlechten Bekleidung auf der Erde frei umherlagen. Ein 14-jähriger Junge legte aus Unkenntnis einen der Drähte auf die Starkstromleitung und erlitt dabei fürchterliche Brandwunden am linken Unterarm und an den Füßen. Hilflos lag er am Boden, bis aus dem Dorfe Hilfe geholt wurde. Ein Inspektor veranlaßte den Transport des Schwerverletzten zum Arzt Dr. Biesch in Braunl. Dieser menschlichenfreundliche Herr stellte zunächst die Frage, wer die entstehenden Kosten trage, legte aber schließlich einen Notverband an. Hieran statt den Verunglückten sofort nach dem Krankenhaus zu überweisen, ließ er ihn ins Dorf zurückbringen. Die Angehörigen drangen jedoch auf eine Ueberführung ins Krankenhaus. Mittels eines Milchwagens fand dann der Transport statt. Um 4 Uhr nachmittags wurde der schwerverletzte Junge dort aufgenommen. Das Unglück geschah 9 Uhr morgens. — Wäre es nicht Pflicht des Arztes gewesen, den Verunglückten sofort und auf dem schnellsten Wege in das Krankenhaus schaffen zu lassen? Wäre das nicht ein Gebot der Menschlichkeit gewesen?

**Ladekopp.** Der Landarbeiter-Verband hielt sein Sommerfest am Sonntagabend, den 16. Juli im Gasthause des Herrn Werner, Anfang 8 Uhr.

### Aus den Berichtsfällen.

**Eine Schreibmaschine gestohlen.** Der Arbeiter P. in Danzig stahl mit anderen bereits bestrafte Personen zusammen eine Schreibmaschine und verkaufte sie weiter. Er hatte sich vor der Strafkammer wegen Diebstahls zu verantworten. Er hat bereits eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren zu verbüßen. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Zusatzstrafe von 7 Monaten Zuchthaus.

**Diebstahl auf dem Lande.** Der Reporter A., zurzeit in Haft, lernte bei der Abtötung in Marienburg einen Mann kennen, mit dem er auf dem Lande zwei Einbruchsdiebstähle ausführte. Auf der einen Stelle stahl man 5 Gänse, auf der andern 2 Schafe. A. hatte sich vor der Strafkammer zu verantworten und wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Der andere ist in Übung verurteilt worden.

**Zwei Rutzgeschirre gestohlen.** Der Arbeiter M. vom Lande, zurzeit in Haft, stahl seinem Herrn zwei Rutzgeschirre und verwahrte sie im Roggenfelde, wo sie entdeckt wurden. Die Geschirre hatten einen Wert von 2000 M. Die Strafkammer erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten.

**Zuderschleibungen.** Vor dem Schöffengericht hatten sich der Kontorist und die Verkäuferin W., der Konditor S. und der Gastwirt E. in Danzig zu verantworten. Die Geschwiffen W. kauften von Unbekannten Zucker und verkauften ihn ohne Zuckermarken weiter. An S. und E. wurden 3 bis 4 Zentner Zucker verkauft. Diese veranlaßten den Zucker geschäftlich und machten sich des Schleihhandels schuldig. Der Höchstpreis betrug 1,50 M. das Pfund. Statt dessen wurden aber 3,50 M. und 6,50 M. genommen. Das Gericht verurteilte Paul W. wegen Vergehens gegen die Zuckerverordnung und Höchstpreisüberschreitung zu 1800 M., Rosa W. wegen der gleichen Straftaten zu 800 M. Geldstrafe, S. und E. wegen Schleihhandels zu je 1 Tag Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe.

**Diebstahl auf dem Bahnhof.** Der Rangierer St. in Danzig war auf dem Güterbahnhof Begeger beschäftigt. Abends erkrach er einen Waggon und warf hier 7 Eierhäute hinaus, die er mit einem Handwagen davon fuhr. Als ihm das Fortschaffen des Waggons zu schwer wurde, holte er sich den Rangierer S. zu Hilfe. Dieser hielt nun den Waggon stehen. Mit ein Wächtermeister die beiden erriet. Lesen sie davon, wurden aber entdeckt. Sie hatten sich vor der Strafkammer wegen Diebstahls zu verantworten. Das Gericht verurteilte St. wegen Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis, S. wegen Begünstigung zu 3 Monaten Gefängnis.

**Entlassungsbefreiung gestützt.** Der Tischlergeselle G. in Danzig wurde von seinem Arbeitgeber entlassen und in der Entlassungsbefreiung Hand. Wegen Unpünktlichkeit entlassen. Diese Bemerkung war dem Gesellen hinderlich und er radikalte sie aus und schrieb hin: „Wegen Mangel an Arbeit entlassen“. Von dieser Fälschung machte er Gebrauch. Die Strafkammer verurteilte G. wegen schwerer Urkundenfälschung zu 2 Monaten Gefängnis.

## Veranstaltungs-Anzeiger

**Veren Arbeiter-Jugend Heubude.** Freitag, den 18. Juli, abends 7 Uhr, findet im Lokale Schönwiese eine Mitgliedsversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig!

**Louisenverein „Die Naturfreunde“.** Sonntag, den 17. Juli, Fahrt nach Heubude. Treffen 6 Uhr Grünes Tor. Führer: Partikel. Nichtmitglieder als Gäste willkommen.

## Sport und Körperpflege.

(Mitteilungen des Arbeiter-Sportvereins.)

**Größe Turnerschaft Danzig.** Sonntag, den 16. Juli, abends 7 Uhr bei Schmitz: Fußballturnier. Mittwoch, den 20. Juli, abends 6 1/2 Uhr: Vorkampfung bei Schmitz.

Die Deutsche Sportvereinsliga findet Sonntag, den 17. Juli, vormittags 8 Uhr in der Turnhalle Heubude statt. Schlichte Turnertinnen und Turnerer müssen erscheinen.

## Kleine Nachrichten.

### Die Weltabrüstung.

**Paris, 14. Juli.** „Chicago Tribune“ meldet aus Ottawa im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz, daß eine erste Konferenz abgehalten werden soll, an der die Vereinigten Staaten, Japan, England, Australien und Neuseeland, und eine zweite Konferenz, an der alle Mächte teilnehmen sollen.

**Tokio, 15. Juli.** Die japanische Regierung hat amtlich zugeklagt, an der Abrüstungskonferenz in Washington teilzunehmen.

**Paris, 14. Juli.** Havas meldet aus Washington, daß dort der Empfang der formellen Annahme der Einladung des Präsidenten Harding durch Frankreich bestätigt wurde.

**Washington, 15. Juli.** Es wird gemeldet, daß die amerikanische Regierung die Anregung der britischen Regierung nicht günstig angenommen habe, wonach eine Vorkonferenz über die Frage des Stillen Ozeans stattfinden solle, bevor die Konferenz nach Washington über die Entwaffnungsfrage einberufen werde.

### Lebensmittelpreise in Sowjetrußland.

**D. G.** Das sowjetrussische Wirtschaftsblatt „Ekonomschjeskaja Schisn“ vom 1. Juli gibt für eine Reihe von Lebensmitteln die Preise im Freihandel für Mitte Juni an; danach wurden bezahlt für 1 Pud (gleich 16,38 Kilos) Roggenmehl 75 bis 180 tausend Rubel, 1 Pud Kartoffeln 10 bis 85 tausend Rubel, 1 Pfund (gleich 400 Gramm) Butter 9,5 bis 40 tausend Rubel, 1 Pfund Zucker 20 tausend Rubel. Hierbei gelten die niedrigen Preise für den Norden und Westen Rußlands, die hohen für den von der Misere betroffenen Südoften (Sibirien). Verschieden sind auch die Preise der Eisenwaren, so kostete 1 Pud Nägel 75 tausend Rubel im Altsibirien und 200 tausend Rubel im Sibirischen Gouvernement.

### Zerstörter Zeppelin.

**Paris, 13. Juli.** Der Zeppelin „Nordstern“, der für Frankreich ausgeliefert wurde, sollte gestern nachmittag von seiner Halle aus eine Fahrt mit einigen Generalen und Abgeordneten unternehmen. Zur Abfahrt bereit, wurde der Zeppelin gegen die Halle geschleudert, so daß die Halle einen langen Riß erhielt. Die Zeppelinhalle ist nach dem „Echo de Paris“ ziemlich schwer beschädigt worden. Das Luftschiff sei längere Zeit unbrauchbar geworden.

## Vermischtes.

**Eine neue billige Bauweise.** Ein Hamburger Ingenieur Schröder machte eine Erfindung, die es ermöglicht, Häuser zu einem Drittel des jetzigen Preises herzustellen. Die 34 Zentimeter starke Wand eines solchen Hauses besteht aus zwei verschiedenen Materialien, die hergestellt werden durch Aufeinanderlegen von 30 Zentimeter langen, 30 Zentimeter breiten und 4 Zentimeter dicken Betonplatten. Alle 50 Zentimeter werden sie verstreift, während der Hohlraum mit Schlacke oder Torfmoos ausgefüllt wird. Diese Wände halten viermal besser die Wärme als gleich starke Ziegelmauern. Da sich die Platten durch jeden selbst herstellen lassen, so kommt diese Bauweise gerade für den kleinen Siedler in Frage.

**Eine vorgeschichtliche Mumie.** Die Archäologen des Kopenhagener National-Museums haben eine mumifizierte Frau genauer untersucht, die vor kurzem in Jütland gefunden wurde und aus der Steinzeit stammt, also mindestens 8000 Jahre alt ist. Die Mumie befindet sich in einem hohlen, schwarzen Eisenstamm, der als Sarg dient. Die Frau scheint eine Persönlichkeit von Rang gewesen zu sein. Vom Körper ist nicht mehr viel erhalten, nur noch der Schädel, mit dichten dunkelbraunen Haaren bedeckt, einige Nägel und Teile von Knochen. Weiter erhalten ist ihre Tracht und Ausstattung. Sie war mit einer kurzen Jacke mit Ärmeln und einem Unterrock bekleidet. Um die Taille hatte sie zwei Gürtel, die mit einer großen Schmalle geschmückt waren; sie trug zwei Armbänder, ein Nadel und ein rundes. Alle diese Schmuckstücke sind aus Bronze. In der Nähe des Kopfes lag ein Rastchen, das einige Schmuckstücke enthielt, zu den Füßen befand sich ein ähnliches Rastchen und ein Stück Tuch, das um verbrannte Knochen gewickelt war. Auch ein Komma wurde gefunden. Im Haare war ein Ohrring aus Bronze. Der ganze Körper war in eine Leinwand gehüllt.

### Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polsche Mark: (Zusl. 3,85) 4,10	am Vorlage	4,05
Dollar:	73 1/2	72 1/2
Engl. Pfund:	270	270
Frans. Franks:	580	580
Schweiz. Franks:	1210	1230

## BORG CIGARETTEN

für Qualitäts-Raucher.

Wasserstandsnotizen am 15. Juli 1921.

gestern heute		gestern heute	
Ramisch	+0,90	Düchel	-0,04 - 0,01
Mirshau	+1,43 - 1,30	Mirshau	-0,02 - 0,04
Ploch	+0,74 - 0,98	Erlage	+2,48 - 2,58
Torn	+0,52 - 0,78	Schönewald	+2,66 - 2,74
Forn	+0,29 - 0,45	Schönewald O. P.	+2,66
Wim	+0,20 - 0,30	Walgenberg O. P.	+4,64 - 4,58
Grauberg	+0,28 - 0,47	Neuhorsterbuck	+2,00
Kurzebrack	+0,68 - 0,70	Wolfsdorf	...
Montanerkirche	+0,12 - 0,14	Stuwach	+1,30 - 1,42

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Wolke, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Friedrich Weber, beide in Danzig; für die Justizbeilage Bruno Wertz in Oltwa. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

